

WIR ENGAGIEREN UNS FÜR

- Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten & Legalisierung aller Drogen
- Bedürfnisorientierte Hilfen ohne Vorbedingungen
- Eine breite Angebotspalette von Suchtbegleitung bis zu Ausstiegshilfen
- Unterstützung von Selbsthilfe und Peer-Support-Systemen

WIR FORDERN

- Flächendeckende Ausweitung der Diamorphinbehandlung ohne die bisher gültigen rigiden Zugangskriterien
- Niedrigschwellige und umfassende Substitutionsmöglichkeiten
- Flächendeckende Einrichtung von Drogenkonsumräumen als Überlebenshilfe und Gesundheitsschutz
- Gesundheitsförderung in Haft (z.B. Spritzentauschprogramme und Substitutionsbehandlung)
- Drug-Checking-Projekte für alle Drogen
- Die Entwicklung von Modellen zur Legalisierung
- Straffreiheit des Anbau von Drogen für den Eigengebrauch
- unabhängige Forschung zu Substitutionsmitteln für alle psychoaktiven Substanzen

ANSCHRIFT

akzept NRW e.V.
c/o VISION e.V.
Neuerburgstr. 25
51103 Köln

KONTAKT

Telefon: 0221.820 073-0
E-Mail: info@akzept-nrw.de



www.akzept-nrw.de



www.akzept.org

VORSTAND

Marco Jesse
VISION e.V. Köln
Telefon: 0221.820 073-12
E-Mail: marco.jesse@vision-ev.de

Urs Köthner
VISION e.V. Köln
Telefon: 0221.820 073-14
E-Mail: urs.koethner@vision-ev.de

Bernard Garling
Telefon: 0175.898 10 62
E-Mail: b.garling@gmx.de

Unser
Anliegen

Unsere
Forderungen

Unser
Selbstverständnis



akzeptNRW e.V.
Landesverband für akzeptierende
Drogenarbeit und humane Drogenpolitik

ÜBER UNS

akzept.e.V., der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik wurde 1990 in Bremen gegründet.

Mittlerweile umfasst er 60 eigenständige Vereine und Projekte der AIDS-, Drogen- und Selbsthilfe, sowie 130 Einzelpersonen.

akzept NRW e.V. als mitgliederstärkster Landesverband versteht sich als landespolitisches Sprachrohr für alle Themen im Sinne akzeptierender Drogenarbeit und humaner Drogenpolitik.

Die Entwicklung akzeptierender Drogenarbeit, mit den an Empowerment und „harm reduction“ (Schadensminimierung & Überlebenshilfe) orientierten Angeboten, ist eine Erfolgsgeschichte und hat die Drogenhilfelandchaft über die letzten 20 Jahre entscheidend geprägt. Wo wären wir heute, hätten wir nicht niedrigschwellige Kontaktläden, Spritzenaustauschprogramme, Drogenkassumräume, Substitution, Heroinprogramme u.s.w.

Trotz dieser positiven Entwicklung gibt es viel Kritik und weiteren Handlungsbedarf bzgl. Weiterentwicklung und Finanzierung in Drogenhilfe & Drogenpolitik.

Um Einfluss zu nehmen, veranstalten wir Fachtagungen, erstellen Stellungnahmen, sind Referenten auf Tagungen oder bei politischen Anhörungen und veröffentlichen Fachbeiträge. Besonders nach der Kommunalisierung können wir als Landesverband Einzelinteressen bündeln, diese gegenüber Landespolitik und Verwaltung vertreten und mögliche als auch notwendige Handlungsschritte aufzeigen.

Dafür brauchen wir Unterstützung durch fachlichen Input aus der Praxis und aktive Mitglieder, die Initiative zeigen. **Werden sie Mitglied als Institution oder Einzelperson.**

Mehr Informationen unter
www.akzept.org
www.akzept-nrw.de

AUSGANGSPUNKTE

Die Prohibition wurde vor ca. 100 Jahren eingeleitet. Zuvor wurde der genussorientierte, wie auch der compulsive Konsum dieser Substanzen über Jahrzehnte weder als gesundheitliches noch als soziales Problem wahrgenommen. Erst mit Beginn der 1920er Jahre wurden rigide und restriktive Drogenkontrollmaßnahmen in Deutschland installiert und Drogenkonsum als soziales Problem etabliert. Die Prohibition wird auf Grund vielfältiger Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen bis heute beharrlich verfolgt. Immer mehr Substanzen werden seitdem unter das Betäubungsmittelgesetz gestellt. Die Kriminalisierung, Diskriminierung, Marginalisierung, Pathologisierung sowie Stigmatisierung drogengebrauchender Menschen als defizitäre Wesen setzt sich nachhaltig fort.

Diese Drogenpolitik ist kaum auf ihre nichtintendierten Wirkungen, Neben- und Gegenwirkungen, vor allem im Hinblick auf die Gesundheit und das soziale Wohlbefinden der Betroffenen untersucht worden. In einem ansonsten stark kontrollierten Staat-Bürger-Verhältnis besteht diese Drogenpolitik im Wesentlichen aus einer „So-tun-als-ob“-Strategie:

Als könnten Verbote und aufwendige Frühinterventionsstrategien das Suchtverhalten und die Suche nach Rausch steuern, begrenzen oder gar ganz verhindern. Sicherheitspolitische Erwägungen und generalpräventive Strategien werden über betroffenenorientierte und gesundheitsfördernde Hilfemaßnahmen gestellt. Vergleicht man die Kosten für „Repression“ mit den Ausgaben für „Hilfen“, ergibt sich ein deutlich Missverhältnis von 9:1. Hieraus resultieren schwerwiegende gesundheitliche und soziale Auswirkungen für die Konsumenten und die Gesellschaft als Ganzes

„...unter den herrschenden Prohibitionsbedingungen [...] kann selbst die beste Drogenhilfe nicht mehr sein, als der notwendige Kitt, mit dem versucht wird, die vielfältigen politikinduzierten Brüche und deprimierenden Nebeneffekte zu kaschieren“ (Bossong 1992).

AKZEPTANZORIENTIERTE DROGENARBEIT

Drogengebraucher sind mündige, selbstverantwortliche und selbstbestimmte Menschen. Sie haben ebenso wie alle anderen das Recht auf menschenwürdige Behandlung und Respekt.

Drogenkonsum sehen wir differenziert. Er kann bewusste Entscheidung, Lebensstiläußerung, aus hedonistischen, spirituellen Gründen oder auch als Selbstmedikation (was nicht per se Behandlungsbedürftigkeit bedeutet und auch nicht automatisiert in Abhängigkeit führt) stattfinden.

Bei einer Abhängigkeit handelt es sich um eine Krankheit, für die es angemessene bedürfnisorientierte Hilfen und Therapien geben muss.

Akzeptierende Drogenarbeit basiert auf Freiwilligkeit und ist nicht bevormundend ausgerichtet. Die Selbstbestimmung des Einzelnen steht im Vordergrund. Harm reduction (Schadensminimierung und Überlebenshilfe) und Empowerment sind zentrale Ziele akzeptierender Drogenarbeit. Wir setzen auf Verhältnisprävention anstatt auf Verhaltensprävention. Dementsprechend steht in der persönlichen Fallarbeit die Förderung der sozialen und beruflichen Teilhabe im Vordergrund, unabhängig von der Frage, ob jemand sein Leben mit oder ohne Drogen gestalten will.

akzept fordert Strategieentwicklungen in der Drogenpolitik jenseits der Orientierung auf Repression. Gefordert sind Drogenpolitiken, die den betroffenen Menschen helfen, Risiken zu vermeiden und Abhängigkeiten zu überwinden. Dies bedeutet die Anerkennung eines gesundheitspolitischen Primats in der Drogenpolitik.

Letztlich geht es einerseits nur über eine kontrollierte Legalisierung von Anbau und andererseits über Akzeptanz und Regulation von medizinischem und privatem Gebrauch von psychoaktiven Substanzen, die seit Jahrtausenden zu Entspannungs-/Genusszwecken genutzt wurden.